

Inhaber, Herausgeber,
Hersteller und Redaktion:
Österreichische Ärztekammer
Öffentlichkeitsarbeit
A-1010 Wien, Weihburggasse 10-12
Telefon 01/51406–3312 DW
pressestelle@aerztekammer.at

PRESSEKONFERENZ

Thema:

ÖÄK-Spitalsärztebefragung: Arbeiten am Limit

Teilnehmer:

Dr. Harald Mayer

Vizepräsident und Kurienobmann angestellte Ärzte der Österreichischen Ärztekammer

DDr. Paul Eiselsberg

Senior Research Director, IMAS International

Zeit:

Dienstag, 15. Oktober 2019, 10.00 Uhr

Ort:

Österreichische Ärztekammer

Weihburggasse 10-12, 1010 Wien

ÖÄK-Spitalsärztebefragung: Arbeiten am Limit

Spitalsärzte in Österreich leiden unter Personalknappheit und Gewalt, zudem gibt es nicht genug Dokumentationsassistenten zur Entlastung, damit mehr Zeit für die Patientenbetreuung bleibt.

Seit 2003 werden im Auftrag der Österreichischen Ärztekammer österreichweit die Spitalsärzte zu den Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz befragt. Neben Fragen nach der Arbeitsstruktur, Arbeitsbelastung und Arbeitszeit wurde heuer der Fragebogen mit Erfahrungen in Bezug auf Gewalt am Arbeitsplatz ergänzt. Die von IMAS International durchgeführte Spitalsärztebefragung erfolgte vom 2. bis 22. September 2019 via Online-Umfrage.

Arbeitszeit

Bezogen auf die Arbeitszeit gaben die Befragten an, im Schnitt 47 Stunden pro Woche zu arbeiten, die höchste Stundenanzahl liegt bei durchschnittlich 62 Stunden, die höchsten Werte hatten teilnehmende Ärzte in Ausbildung zum Facharzt und in Ausbildung zum Allgemeinmediziner mit 66 Prozent. Die Wunscharbeitszeit liegt bei 38 Stunden. Damit zeigt die Reduktion der Arbeitszeit, die vor vier Jahren in Kraft gesetzt wurde, ihre Wirkung. Die überwiegende Mehrheit der Befragten begrüßte die Beschränkung der Dienstzeit auf maximal 25 Stunden.

Die Arbeitszeitreduktion ist auch im Hinblick auf die Patientensicherheit eine wichtige Maßnahme. "Es gibt nun endlich keine überlangen Dienste in den Spitälern mehr, die zu chronischer Überlastung der Ärzte geführt und die Patienten gefährdet haben", zeigt sich Harald Mayer, Kurienobmann der angestellten Ärzte und Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer, angesichts dieses Studienergebnisses erfreut. Leider sei die Freude nicht ungetrübt: "Es kann nicht sein, dass die Arbeitszeit zwar endlich reduziert wurde, die daraus entstandene personelle Lücke aber von Spitalsträgern weiter ignoriert wird", kritisiert er. Immerhin seien die Dienstzeiten nicht neu, sondern bereits vor vier Jahren in Kraft getreten. Die aktuelle Situation, dass es nun vielerorts an Personal fehlt, stößt bei ihm auf Unverständnis: "Es ist doch vollkommen klar, dass mehr Personal notwendig ist, wenn jeder Arzt weniger Stunden arbeitet." Die Folge sei eine Arbeitsverdichtung. Diese macht sich auch in der Spitalsärztebefragung bemerkbar.

Arbeitsbelastung

Weniger Stunden, aber nicht entsprechend mehr Personal: Das bemerken auch die Studienteilnehmer. Neben einem steigenden Zeitdruck und mehr Ambulanzfällen gehören die knappen Personalressourcen für die Studienteilnehmer zu den am stärksten wahrgenommen, gravierenden Problemen. Alarmierend ist auch das Ergebnis, dass für mehr als die Hälfte der Studienteilnehmer die Arbeit im Krankenhaus in die vergangenen fünf Jahren als unangenehmer empfunden wird. Besonders negativ wird die Entwicklung von Primarärzten bzw. Abteilungsleitern wahrgenommen, nämlich mit 71 Prozent, gefolgt von Oberärzten mit 65 Prozent. Insgesamt halten es 73 Prozent für sehr bis eher unwahrscheinlich, unter der gleichbleibenden Belastung noch als Spitalsarzt tätig zu sein, wenn sie 65 Jahre alt sind. Gefragt nach den Voraussetzungen, noch im höheren Alter tätig zu sein, wird oft der Wunsch angegeben, Dienste und Stunden zu reduzieren, bzw. die Möglichkeit genannt, sich verstärkt der Ausbildung junger Kollegen zu widmen. "Das alles zeigt wieder einmal, dass der enorme Druck, unter dem Spitalsärzte tagtäglich arbeiten, natürlich auch Folgen hat", sagt Mayer.

Es ist daher aus ÖÄK-Sicht dringend notwendig, die Spitäler, und hier insbesondere die Ambulanzen, zu entlasten. Möglich sei dies mit Hilfe von freiberuflichen Strukturen in bzw. in der Nähe von Krankenhäusern, wie etwa allgemeinmedizinische Akutordinationen. "Patientinnen und Patienten, die keine Notfälle sind, sollten zuerst Arztpraxen aufsuchen und

nicht sofort ins Spital gehen", sagt Mayer. Das würde auch die Wartezeiten reduzieren. Der ÖÄK-Vizepräsident appelliert an die zukünftige Regierung, entsprechende finanzielle Mittel freizugeben. "Einerseits benötigen wir die Übernahme von viel mehr Leistungen durch freiberufliche Ärzte, andererseits muss endlich eine ausreichende Personalplanung mit notwendiger Aufstockung in den überlasteten Spitälern umgesetzt werden", sagt Mayer.

Bürokratie

Personalknappheit ist eines der Probleme, der Aufwand für Patientendokumentation ein anderes. "Seit vielen Jahren klagen Spitalsärzte über das Ausmaß der Bürokratie – geändert hat sich offensichtlich nicht viel", kritisiert Mayer. Denn Administration macht nach wie vor einen großen Teil der Arbeit von Spitalsärzten aus: Nur 58 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit entfällt auf ärztliche Tätigkeit, 37 Prozent auf Administration und fünf Prozent auf Forschung und Lehre. Jüngere Ärzte gaben in der Befragung tendenziell an, mehr mit Administration zulasten von Forschung und Lehre beschäftigt zu sein als Ärzte ab 40 Jahre. Auffallend ist, dass Bürokratie besonders bei Ärzten in Ausbildung zum Allgemeinmediziner bzw. in der Basisausbildung mit 44 bzw. 48 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Teil der Arbeitszeit ausmacht. "Das ist eine Situation, die dringend verbessert werden muss. Ärzte in Ausbildung müssen praktische, medizinische Erfahrung erhalten, nicht für Administratives herhalten", sagt Mayer. Die Ausbildung gehöre verbessert, nur so würden die jungen Ärzte auch tatsächlich im Land bleiben. "Die Konkurrenz schläft nicht. Wenn wir bereits in der Arztausbildung nicht wettbewerbsfähig sind, wird sich das rächen", warnt der ÖÄK-Vizepräsident. Gerade im Hinblick darauf, dass in den kommenden Jahren viele Spitalsärzte in Pension gehen würden, sei es wichtiger denn je, das wertvolle Know-how rechtzeitig an den Ärztenachwuchs weiterzugeben.

Die Lösung sei eine Entlastung von administrativen Aufgaben durch entsprechend geschultes Personal. "Es muss endlich gelingen, dass Ärzte tatsächlich bürokratisch unterstützt werden und sie mehr Zeit für eine hochqualitative Patientenversorgung haben", sagt Mayer. Was die Implementierung von Assistenzberufen angeht, zeigt sich in der Online-Befragung eine große Varianz in den einzelnen Bundesländern. Während österreichweit lediglich 32 Prozent angaben, in ihrer Abteilung Unterstützung durch Dokumentationsassistenten zu erhalten, gaben dies überdurchschnittlich viele in Vorarlberg und Oberösterreich an, nämlich 52 bzw. 45 Prozent. Schlusslicht bilden unter den Studienteilnehmern das Burgenland sowie die Steiermark mit je 21 Prozent. "Wichtig ist, dass österreichweit und flächendeckend Spitalsärzte administrativ entlastet werden", sagt Mayer.

Gewalt

Ein Thema, das in der Spitalsärztebefragung aufgrund aktueller Entwicklungen mit aufgenommen wurde, war die Frage nach Gewalt am Arbeitsplatz. Tatsächlich gibt ein Großteil der Befragten an, mit Gewalt konfrontiert worden zu sein. 71 Prozent bejaht die Frage nach verbaler Gewalt, 25 Prozent haben laut Studienteilnehmern physische Gewalt erlebt. Alarmierend ist auch der Anteil jener Spitalsärzte, die angaben, mit einer Waffe bedroht worden zu sein, österreichweit sind es sechs Prozent. Auch hier variierte der Anteil in den Bundesländern – während in Wien neun Prozent bereits mit einer Waffe bedroht wurden, waren nur zwei Prozent der Befragten in Kärnten davon betroffen. Tendenziell geben in der Online-Umfrage Frauen häufiger an, von Gewalt in den Spitälern betroffen zu sein, als Männer.

Gerade bei Gewalt herrscht für Mayer ein dringender Handlungsbedarf. "Das aktuelle Gewaltschutzpaket zeigt, dass auf vermehrte Gewalt auch von politischer Seite reagiert wurde, das ist grundsätzlich zu begrüßen", sagt Mayer. Das allein sei aber nicht genug: "Die Spitalsträger müssen gute Sicherheitskonzepte entwickeln, damit die Ärzte in Österreich vor Gewalt bestmöglich geschützt werden", sagt er.